

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Anzeigenpreis: Die letzte Spalte 40 Fig. Restzeitung 60 Fig.

Ausgabenrechnung in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Heftnummer 10 bis Heftnummer 20, ist am 1. Juni 1920 und zum 1. Juli 1920 in der Geschäftsstelle des Blattes in Teuchern zu sehen.

Ersteinstellung des Blattes am 1. Juni 1920, 7 Uhr 30 Minuten, am 2. Juni 1920, 7 Uhr für den folgenden Tag.

Stetigjähriger Bezugspreis: durch meine Geschäftsstelle 5,50 RM. von unserer Post in Teuchern 5,50 RM. durch die Geschäftsstelle 10 RM. (Stetigjähriger 15 RM.)

Bestellfrist für den Monatlichen Bezug: außer in der Geschäftsstelle, Heftnummer 10, auch von unseren Boten und allen Postämtern angenommen.

Amliches Verkündigungsblatt in die Stadt Teuchern.

№ 73

Dienstag, den 22. Juni 1920

59. Jahrgang

Der Reichstag.

Der neuere Deutsche Reichstag soll in dieser Woche, am Sonntag, zusammenkommen. Was das eine gute Vorbereitung und was es ihm, der durch den Tag seiner Wahl auch ein Sonntag ist, bedeuten soll, das ist für das deutsche Volk zu finden, das Sonntag am Sonntag zusammenkommt sein soll. Bislang Monate haben wir keinen Reichstag gehabt. Mit dem Reichstag werden wir im November 1918 an die damalige Reichsversammlung zum Beginn von 1919 wählen die Wahlen zur Nationalversammlung und ich darauf der Zusammentritt dieser Körperschaft in Weimar. Sie hat außer in Weimar eine Sitzung im Saale der früheren königlichen Bibliothek abgehalten, bis sie im vorigen Herbst das Reichstagsgebäude in Berlin bezog. Während der Tage des Kapp-Zuges war sie Mitte März nach Eutin gedrückt worden. Dann trat sie am 2. April 1920 in Weimar zusammen. In der Sitzung am 2. April 1920 in Weimar wurde die Reichstagsversammlung in Weimar am 2. April 1920 in Weimar zusammengebracht. Die Reichstagsversammlung in Weimar am 2. April 1920 in Weimar wurde die Reichstagsversammlung in Weimar am 2. April 1920 in Weimar zusammengebracht.

Das Reich, Staat und Gemeinden ihren Beamten in der Vergangenheit zu Gehalt zahlen wollen, ist nur das Letzte in einer Reihe von Maßnahmen. Die jetzt vor der endgültigen Nachprüfung stehenden neuen Pensionsgesetze wollen aber den vom 1. April 1919 pensionierten Beamten das Existenzminimum für den Rest ihres Lebens zu zahlen.

Ein Minimum darf nicht verringert werden. Das sagt schon das Wort allein. Dies Minimum braucht jeder Pensionist, ob er am 1. April 1919 oder einige Monate früher in den Ruhestand getreten ist. Gehalt man ihm einen Teil, hier etwa ein Drittel, vor, dann leidet er Not und verleidet. Das hat sich der Empfänger des gesetzlich zulässigen Begriffs „Altenrenten“ nicht klar gemacht. Nahe genug gesetzlich hätte es gelegen. Denn der Pensionist von 1918 muß für alle Lebensbedürfnisse dieselben Mittel haben, wie der von 1919. Der erste hat gesetzlichen Anspruch auf genau dasselbe Ausmaß als der zweite. Reich, Staat, Gemeinden haben ihm bei der Stellung auf Lebenszeit aus dem Gehalt auf Lebenszeit den Gehalt im Alter zu zahlen. Das ist aber, ob Gehalt oder im Alter Ruhegehalt, eben immer nur das Existenzminimum, niemals mehr.

Der Begriff „Altenrenten“ hat die Pensionsgesetzgebung nicht gemacht, darf jetzt nicht in das Gesetz hineingebracht werden. Sonst hat auch die zur Zeit noch Dienst tuende Beamtenschaft später unter dieser Begriffsbildung ebenso zu leiden, wie die schon älteren Amtsinhaber. Deshalb erheben die älteren Pensionäre Klagen gegen den Entwurf.

Erwartung der alten Pensionäre. Die Mehrheiten, die jedoch entstehen, daß man allen Pensionären das ihrer Gehaltsgruppe und ihrem Dienstalter entsprechende Ruhegehalt gewährt, sind im Verhältnis zu den zu leistenden Bedienungskosten verhältnismäßig geringfügig, daß sie kaum der Rede wert sind. Jedemfalls dürfen finanzielle Rücksichten niemals dazu führen, daß von der Beschäftigung der höchsten Gehaltsgruppen und in der einschlägigen Literatur als gerecht anerkannter Ansprüche verzichtet werden. Und bekanntlich hat die Deutsche Reichsversammlung am 11. August 1919 im Artikel 129 die wohlverordneten Rechte der Beamten, und damit auch die ihrer Hinterbliebenen, für unantastbar erklärt, deren Verletzung sich nach dem Ausmaß des Gehalts und Alters richtet.

Die geforderte Aufhebung der Altersgrenzen und die Altersgrenzen der Landesverwaltung werden betrachten, die die Unterabteilung zwischen Alt- und Neupensionären zwischen Alt- und Neuhinterbliebenen aus den Gehältern festzulegen, und daß eine Pensionsreform unter diesen Umständen stattfinden darf.

Keine Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Der bisherige Ernährungsminister lehnt die Zwangswirtschaft ab.

In Teuchern ist der scheinbare Abbau der Zwangswirtschaft, die die bedeutendsten wirtschaftlich geschulten Köpfe des Reiches ausnahmslos als die Quelle unseres heutigen Lebens ansehen, mit großer Bestimmtheit verprochen worden. Nach „Zug und Druck“ gegenüber einigen auf hoffnungsvollen Ausstellungen in der Presse erklärt der Ernährungsminister:

„Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft steht auf dem Standpunkt, daß schon im Hinblick auf die allgemeine Ernährungsgesundheit eine Aufhebung der Zwangswirtschaft die größten Gefahren mit sich bringen würde. Es haben allerdings verschiedene wichtige Stellungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsministerien in Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft stattgefunden. Auch sind in mehreren Besprechungen im Reichsministerium die Beschlüsse über den beschleunigten Abbau einer Reihe von Kriegsgesetzgebungen gefaßt worden. Das Reichsministerium hat jedoch nach wie vor daran festgehalten, daß für die wirtschaftliche Zukunft ein freies und unabhängiges Wirtschaften notwendig ist. Das gilt nicht nur für Getreide und Milch, sondern auch für Fleisch. Gerade hierüber ist in diesen Tagen eingehend verhandelt worden. Schließlich haben aber selbst hervorragende Vertreter der Landwirtschaft die Berechtigung der gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft bestehenden Bedenken anerkannt und sich während einer Übergangszeit mit einem bloßen Abbau der Zwangswirtschaft einverstanden erklärt. Es soll, soweit es möglich, wieder die freie Einfuhr zugelassen werden, zunächst für Fleisch, Eier, fette Gemüsesorten und Obst, mit Ausnahme von Augustobst und Südsüßholz, später auch soweit es möglich für andere Lebensmittel. Für diejenigen Lebensmittel, welche die Grundlage der Ernährung bilden, kann jedoch eine Lockerung oder Aufhebung der Zwangswirtschaft erst in Frage kommen, wenn Sicherheit besteht, daß bei freier Wirtschaft für jeden die Deckung des Bedarfs zu gewährleisten ist.“

„Bedenken anerkannt“, was heißt das? Die Vertreter der Landwirtschaft haben offenbar anerkannt, daß anerkanntes Geld, in das um die Zwangswirtschaft herumgekommen hat, die schnelle Aufhebung erleichtert nicht ganz glatt vor sich gehen. Das ist richtig. Aber ist denn die Landwirtschaft hier ausschließlich? Alle ernsthaften Vorkämpfer, die sich eine volle Wirtshaft in der Wirtschaft wiederherstellen möchte machen können, sind der Überzeugung, daß nur aus dem von Stunde zu Stunde feststehenden Ernährungsbefehl nur herauskommen, wenn wir die gesunde Erkenntnis nicht durch Dekrete vom grünen Tisch abwischen wollen.

Bur Lage.

Das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen. Der Reichstagswahltag veröffentlichte am 2. Juni das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen. Danach wurden insgesamt 26 017 500 Stimmen abgegeben. Die 466 Abgeordneten verteilten sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen: Sozialdemokraten 12 214 456 Stimmen, Zentrum 8 214 456 Stimmen, Demokraten 2 214 456 Stimmen, Christlich-sozialistische 66 214, 8 736 778 Stimmen, Deutsche Volkspartei 62 214, 3 606 215 Stimmen, Unabhängige 81 214, 4 895 317 Stimmen, Kommunisten 2 214, 41 295 Stimmen, Bayer. Bauernbund 4 214, 218 834 Stimmen, Deutsch-Nationalistische 3 214, 319 1000 Stimmen, Freie Volkspartei 2 214, 1 268 941 Stimmen.

Der Reichstagswahltag veröffentlichte am 2. Juni das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen. Danach wurden insgesamt 26 017 500 Stimmen abgegeben. Die 466 Abgeordneten verteilten sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen: Sozialdemokraten 12 214 456 Stimmen, Zentrum 8 214 456 Stimmen, Demokraten 2 214 456 Stimmen, Christlich-sozialistische 66 214, 8 736 778 Stimmen, Deutsche Volkspartei 62 214, 3 606 215 Stimmen, Unabhängige 81 214, 4 895 317 Stimmen, Kommunisten 2 214, 41 295 Stimmen, Bayer. Bauernbund 4 214, 218 834 Stimmen, Deutsch-Nationalistische 3 214, 319 1000 Stimmen, Freie Volkspartei 2 214, 1 268 941 Stimmen.

Die Reichstagswahltag veröffentlichte am 2. Juni das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen. Danach wurden insgesamt 26 017 500 Stimmen abgegeben. Die 466 Abgeordneten verteilten sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen: Sozialdemokraten 12 214 456 Stimmen, Zentrum 8 214 456 Stimmen, Demokraten 2 214 456 Stimmen, Christlich-sozialistische 66 214, 8 736 778 Stimmen, Deutsche Volkspartei 62 214, 3 606 215 Stimmen, Unabhängige 81 214, 4 895 317 Stimmen, Kommunisten 2 214, 41 295 Stimmen, Bayer. Bauernbund 4 214, 218 834 Stimmen, Deutsch-Nationalistische 3 214, 319 1000 Stimmen, Freie Volkspartei 2 214, 1 268 941 Stimmen.

Die Reichstagswahltag veröffentlichte am 2. Juni das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen. Danach wurden insgesamt 26 017 500 Stimmen abgegeben. Die 466 Abgeordneten verteilten sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen: Sozialdemokraten 12 214 456 Stimmen, Zentrum 8 214 456 Stimmen, Demokraten 2 214 456 Stimmen, Christlich-sozialistische 66 214, 8 736 778 Stimmen, Deutsche Volkspartei 62 214, 3 606 215 Stimmen, Unabhängige 81 214, 4 895 317 Stimmen, Kommunisten 2 214, 41 295 Stimmen, Bayer. Bauernbund 4 214, 218 834 Stimmen, Deutsch-Nationalistische 3 214, 319 1000 Stimmen, Freie Volkspartei 2 214, 1 268 941 Stimmen.

Die Reichstagswahltag veröffentlichte am 2. Juni das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen. Danach wurden insgesamt 26 017 500 Stimmen abgegeben. Die 466 Abgeordneten verteilten sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen: Sozialdemokraten 12 214 456 Stimmen, Zentrum 8 214 456 Stimmen, Demokraten 2 214 456 Stimmen, Christlich-sozialistische 66 214, 8 736 778 Stimmen, Deutsche Volkspartei 62 214, 3 606 215 Stimmen, Unabhängige 81 214, 4 895 317 Stimmen, Kommunisten 2 214, 41 295 Stimmen, Bayer. Bauernbund 4 214, 218 834 Stimmen, Deutsch-Nationalistische 3 214, 319 1000 Stimmen, Freie Volkspartei 2 214, 1 268 941 Stimmen.

Die Reichstagswahltag veröffentlichte am 2. Juni das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen. Danach wurden insgesamt 26 017 500 Stimmen abgegeben. Die 466 Abgeordneten verteilten sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen: Sozialdemokraten 12 214 456 Stimmen, Zentrum 8 214 456 Stimmen, Demokraten 2 214 456 Stimmen, Christlich-sozialistische 66 214, 8 736 778 Stimmen, Deutsche Volkspartei 62 214, 3 606 215 Stimmen, Unabhängige 81 214, 4 895 317 Stimmen, Kommunisten 2 214, 41 295 Stimmen, Bayer. Bauernbund 4 214, 218 834 Stimmen, Deutsch-Nationalistische 3 214, 319 1000 Stimmen, Freie Volkspartei 2 214, 1 268 941 Stimmen.

Die „Altenrenten“.

Die unangenehme Unterabteilung zwischen Alt- und Neupensionierten. Der Zentralkomitee erst ein Protest gegen die neue beschlossene Pensionsregelung in Preußen, in dem es heißt:

den die letzten entscheidenden Fraktionsfiguren hat, die jedoch nur noch formelle Bedeutung haben. Im Verordnungsrat der Führer der drei Parteien am Sonntagabend wurden die letzten Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt. Die Aufstellung der Ministerliste erfolgt am Montag, die Kabinettsliste jedoch am 2. gilt als gesichert.

Der Landarbeiterstreik.

Der Landarbeiterstand in Hinterpommern, der bekanntlich nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen ausgedehnt ist, gewinnt erheblich an Umfang. Im Kreise Köslin umfaßt er nach den neuesten Meldungen aus Steirn bereits über 30 Güter von 58, im Landkreise Stolp kann man fast von einem allgemeinen Zustand sprechen. Zum Teil werden sogar die Notstandsarbeiten verhindert und Arbeitswille durch tätige Angliederung, so daß die Milchleistungen nach den Städten teilweise aufhören.

Der preussische Staatsbürger.

Der Verfassungsausschuß der preussischen Landesversammlung beschloß sich am Donnerstag mit der Frage der Rechte der Staatsbürger. Im Regierungsentwurf ist darüber im Zusammenhang nichts gesagt. Nachdem der Ausschuß aber in der vorhergehenden Sitzung auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen hatte, daß die Staatsgewalt unmittelbar durch die Staatsbürger und mittelbar durch die verfassungsmäßigen Organe ausgeübt wird, stellte sich die Notwendigkeit heraus, den Begriff „Staatsbürger“ in der Verfassung näher zu erläutern. Nach längerer Debatte beschloß der Ausschuß die von den Sozialdemokraten beantragte Aufnahme eines § 3a: Staatsbürger ist, ohne Unterschied der Geburt, des Geschlechts, des Glaubens und des Berufs, jeder über 20 Jahre alte deutsche Reichsangehörige, der in Preußen seinen Wohnsitz hat.

Die **Landesversammlung** machte sich dann zur Frage des Volkszuges. Grundsätzlich stimmten alle Mitglieder des Ausschusses darin überein, daß das Recht des Volkszuges und des Wahlrechts in der Verfassung festgelegt werden muß, und zwar soll das Volkszugesrecht sich beziehen können auf Änderung der Verfassung, Gesetz, Verordnung oder Aufhebung von Gesetzen und Auflösung des Landtags. Mit der Ausarbeitung der Einzelheit wurde ein Unter Ausschluß gebracht.

Warburger Studentenstreik.

Warburg, 19. Juni. Im Prozeß gegen die Warburger Zeitungsverleger wegen der Erziehung von 15 verhafteten Schülern aus Bad Thal in Thüringen beantragte der Anklagevertreter gegen die Angeklagten Einzelhaft, Strauß und Jahr zwei Jahre Gefängnis. Das Urteil lautete auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten.

Ministerpräsident Hoffmann wieder Lehrer. Der mecklenburgische frühere bayerische Ministerpräsident Hoffmann hat nach seinem Durchfall bei der Bürgermeistereiwahl in Ludwigslust in Kaiserlautern eine Stelle als Volksschullehrer angenommen und ist somit zu seinem ursprünglichen Beruf zurückgekehrt.

Die Kommunisten im Reichstag. Für den in Chemnitz gebildeten Parteiführer Hertel wird der bekannte Franziska Reichsamtler Dr. Paul Levi als kommunistischer Abgeordneter in den Reichstag einziehen. Hertel hat in Chemnitz zugunsten der auch dort an der zweiten Stelle der Liste stehenden Klara Zetkin kandidiert, und dafür rief auf der kommunistischen Reichsversammlung Dr. Levi auf.

Freie Einfuhr von Frühkartoffeln aus Holland.

Nach den bei der Reichsstaatssekretäre vorliegenden Nachrichten sind die Behörden in fast ausnahmslos mit Kartoffeln aus der alten Grenze bis zum Eintritt der deutschen Frühkartoffelernte verlor. Ferner ist bei Weiteranfällen des augenblicklich gültigen Vertriebs mit einem zeitigen Eintritt der deutschen Frühkartoffelernte zu rechnen.

Aus diesen Gründen braucht in diesem Jahre nicht in holländischen Umlauf und in den vergangenen Jahren auf die holländischen Frühkartoffeln für die Versorgung der Bevölkerung zurückgegriffen zu werden. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat sich daher entschlossen, von einem zentralisierten Verkauf der Frühkartoffeln in Holland Abstand zu nehmen und die Einfuhr der Frühkartoffeln aus Holland und den übrigen angrenzenden westlichen Ländern freizugeben.

Es voraussichtlich von Mitte Juni ab deutsche Frühkartoffeln in ausreichendem Umfang für die Versorgung der Ver-

brauchsstellen zur Verfügung stehen, ist jedoch zunächst die Einfuhr bis zum 20. 7. befristet mit der Maßgabe, daß nach diesem Zeitpunkt Wagen nicht mehr über die Grenze gelassen werden.

kleine politische Nachrichten.

Berlin. Reichspräsident Ebert hat gegen seinen Wunsch aus dem Reichstag der Zentner und Vorkensiller bei dem Ausbruch des Reiches abtrüben lassen. Er ist in seine alten Mitgliederrechte wieder eingetreten.

Berlin. Die Organisation der Unternehmer und Arbeiter in Landwirtschaft, Handel, Industrie, Handwerk und Gewerbe des Reiches haben sich zu einem Generationsrat der Unternehmervereine zusammengeschlossen.

Geneve. Die Welt mehrere Länder sich weigerten, Belgien Unterstützung zu geben. Es ist in Geneve zu einem Schlichtungsausschuß. Die belgischen Elternorganisationen des ganzen Industriebezirks haben beschlossen, sich ab Montag dem Streik anzuschließen.

Auslands-Rundschau.

Ein außerordentlich hoher Preisstand haben die Lebensmittel auch in Polen, und besonders in der Provinz Warschau, erreicht. Ein Beispiel liefert das Brot, das 15 Mrk. für das Kilogramm kostet. Hand in Hand damit geht die Finanznot. Steuern sind genug ausgeschrieben, aber sie werden nicht bezahlt. Die Preissteigerung hat den Polen von der russischen Zeit her im Eute, und sie kann auch nicht durch das schließlich fast entwickelte Nationalgefühl beseitigt werden. Daß die Hoffnungen auf einen starken finanziellen Beistand durch Frankreich und England sich nicht erfüllen werden, sehen die Polen selbst schon ein. Das zu sehen auch der Polen gegen die Bolschewisten ein „normales“ Geld und ist doch unglücklich.

Esaa wieder „verhört“. „Das de Paris“ macht, daß infolge der Schwierigkeiten die neue Regierung bei der Bildung des deutschen Kabinetts, die die erste Konferenz von Esaa abends verhandelt wird, und zwar auf den 10. Juli im besten ist es, wir richten uns darauf ein, daß die Konferenz von Esaa überhaupt nicht stattfindet. Wenn was dann bis zum 10. Juli nicht alles durchkommen, das Frankreich Grund gibt, für „letzte“ Entscheidung“ das Wort ist sehr zu erwarten. Die Verhandlungen zwischen Frankreich und England sollen bei der Vorbereitung der Entente Staatsräuber in Vorbereitung der Hauptgegenstand bilden. Ein vollständiges Einvernehmen zwischen England und Frankreich sei in den Vorbereitungen erzielt worden. Auf alle Fälle sei man sowohl auf englischer wie auf französischer Seite entschlossen, die Forderungen, daß der Friedensvertrag streng eingehalten und daß die Zahl von 100 000 Mann, die durch den Friedensvertrag Deutschland zugesagt worden ist, unter allen Umständen bis zum 10. Juli erreicht wird.

England sucht Verbindungen zur See. Angesichts der großartigen Ressourcen von Kriegsschiffen in Nordamerika auf Grund des Marine-Programms empfehlen die Londoner Zeitungen, sich nach künftigen Allianzen zur See anzuschließen, da Japans Bundesgenossenschaft nur für Ostasien in Betracht komme. England soll dem Beispiel Frankreichs, das zu Lande ein Schutz- und Trutzbündnis mit Belgien abgeschlossen hat, zur See folgen. Man, von heute auf morgen, liegt ein englisch-amerikanisches Seebündnis nicht in Aussicht, aber bezeichnend ist es doch, daß England und Frankreich sich nach der Niederrichtung Deutschlands sofort wieder nach neuen Bündnissen umsehen. Viel eicht nicht man nun auch in London ein, daß es doch ein großer Fehler war, Deutschland als Beinahe aufzufassen.

Der Dreiecksstreit der Türken gegen die Engländer macht immer mehrere Fortschritte. Die Truppen der türkischen Nationalisten unter Mustafa Kemal sind aus dem Inneren Kleinasiens in die Küste des Marmara-Meeres vorgezogen. Bei Ismit, der fest ein Stadt vor Konstantinopel an der anatolischen Bahn, haben sie die Engländer angegriffen und ihnen bereits empfindliche Verluste beibringt. Nach den neuesten Nachrichten sind die Engländer bereits aus Ismit zurückgezogen. In Sivas, in Sivas, in Mesopotamien und in Persien ist die Lage für die Briten überaus ernst, besonders da alle diese mohammedanischen Stämme untereinander und mit den Bolschewisten eng verbunden sind.

Wohlschönwiesens in Berlin. Die „Times“ melden aus Teheran: Der rote revolutionäre Ausschluß von Persien, welcher eine Revolution die Aufhebung der Mährenrepublik in Aussicht. Die persischen Bolschewisten haben in Teheran an die amerikanische

und die französische Gesandtschaft die Erklärung eines Noten-Ausschusses und die Abhängigkeit der Monarchie bestimmt gegeben und gegen die fortschreitende Annäherung der englischen Truppen in Berlin protestiert. Der Ausschluß beschloß ferner, alle jüdischen der Engländer und der persischen Regierung geschlossen entgegen zu treten. — Der Arbeiter, mit dem die Bolschewisten ganz Mittelasien fangen, ist der Kampf gegen England; das bolschewistische Schlagwort heißt dort nicht „Kampf dem Kapitalismus“, sondern dem dortigen Völkern verständlich gemacht, „Kampf dem Briten“.

Prag. Der tschechische Kommunist Hög, der sich in einer scheinlichen Strafanstalt befindet, ist an einem mit scheinlichen Bewußtseinsstörungen verbundenen Neurosen erkrankt.

Trient. In Südtirol (Trentino) sind Unruhen gegen die Italiener ausgebrochen, die bereits Tote gefordert haben.

Antwerpen. Die Gefährdung der deutschen Firma Sels wurden von einer ungeheuren Menge gestört und vollständig ausgerottet und zerstört.

Genève. Der Export hat sich nach Schweden Meldungen, für die Kosten der Befahrungsmittel für das erste Vierteljahr 2500 Millionen Mark von Deutschland fordern.

Provinz und Nachbarstaaten.

Leipzig, den 21. Juni 1920.

Der längste Tag im Jahre ist da. Am 21. Juni — Sommers Anlang — dauert die Tageslänge 16 Stunden 45 Minuten, die Nachtlänge 7 Stunden 15 Minuten. Von Johannisnacht, dem Tage der Sommerferien, beginnt der Winter; am 24. Juni verringert sich die Tageslänge um eine Minute. Im Laufe des ersten Sommermonats senkt sich die Tagebauzeit langsam um rund eine Stunde. Viele schöne Tage stehen uns noch bevor, bevor das Raub am Raum und Wind sich fängt, aber die Sonne hat ihren höchsten Stand erreicht, es geht abwärts im Jahr. Darum ist der Johannisnacht auch heute noch ein besonderer Tag, und die Wunder der Johannisnacht spielen nicht nur in Sagen und Märchen, sondern auch in der Phantasie der Gegenwart noch eine Rolle. Die Sommerferien sind im vollen Gange, die Ferien werden sich vielfach verlängert werden zeigen, aber im allgemeinen wird heute für alles Brennbar bei den hohen Kohlenpreisen eine praktische Verwendung. Einen rechten Anlaß haben die Buchhändler in diesem Jahre, Saint Johannis ihre Wünsche vorzutragen. Die „schwarze Kunst“, die den Johannisnacht als ihren traditionellen Feiertag betrachtet, ist durch die Papiernot arg bedrängt. Es gehört wirklich schon ein Wunder dazu, hier schnelle und dringende Hilfe zu schaffen, nachdem die Verdrängung rechtzeitig ein energieloses Einverständnis verstimmt hat. Es geht der Ernte entgegen. Die Heuwagen sind schon in die Scheunen gerollt, wenige Wochen noch, und die Sense raucht auch in den Getreidefeldern.

Die Dreiecksstreit kommen jetzt mit der Zeitungsanfrage für das Sommerheft mit unserer Zeitungsanfrage. Der Juli bringt nicht nur wichtige Entscheidungen des neuerrichteten Reichstages und der neuen Reichsregierung für das bürgerliche Leben, es findet dann auch die Finanzkonferenz in Spaar statt, welche die Höhe der von uns an die Entente zu zahlenden Kriegsentfaltung festsetzt, die für unser Wohlfahrt von der folgenreichsten Bedeutung ist. Auch zahlreiche Neuerungen und hoffentlich Verbesserungen wegen der Volksernährung fallen in das neue Quartal.

Wetterprognosen im Abend-r. Neben dem Siebenhunderttag (27. Juni) ist auch der Johannisnacht ein Wetterprophet. Wenn es am 24. Juni regnet, soll es nach dem Volksglauben vier Wochen lang nicht regnen. Der siebenhunderttag ist tägliche Sprüche nach dem Siebenhunderttag ist übrigens 1919 in zahlreichen deutschen Gebieten wirklich eingetreten. Die siebenhunderttag an verschiedenen an verschiedenen Stellen, sollen ebenfalls dem 10. bzw. 20. Prozentigen Steuererhöhung unterliegen, da sie eine Erhöhung des Einkommens darstellen. Auch die er Punkt dürfte zu manchen Weiterungen führen. Vielleicht aber auch nicht, denn selbst die Steuer darf der menschlichen Gutmütigkeit nicht gar zu viel zutragen.

Große Ost- und Gemütsreisen werden für den Juli aus Ungarn, Österreich, Italien in Deutschland erwartet, für deren Transport von der

Der Reklametote.

Humoristischer Roman von Robert Wich.

Fortsetzung.

Man zeigte ihm die Photographien Rolands. Er fand sie etwas klein, nahm anmerkt Goh's Kranz fort, der darüber erklärte und hängt; dafür seien eigenen hin mit den teierlichen Worten:

„So bekränze ich denn dein Bild, Meister, im Namen des Herr Direktors und des gesamten Personal.“

Das war denn doch zu viel für Herrn Klemm, dessen übrig gebliebener Kranz bestand aus Worten von einer verachteten Bestimmung zu reden schien. Und das von diebeuten Knechtmeister gegebene Beispiel läßt nachahmen, nahm er jenerzeit dessen Kranz ab, hängte den seinen dafür um die Photographie mit den stilllich improvisierten Worten:

„Und ich bekranze dein Bild, Meister, im Namen der Abertausend.“

„Hören's, Sie, das ist aber a Unverschämtheit!“ rief Ludwig.

Weiter kam er nicht; denn Klemm hatte sich blitzschnell umgedreht und seinen Mann ein kleines Zeichen gegeben, wo auf sie einen woblenthaltenen Kranz in die Luft schmeiweren; Oel, weil dem Meister, weil sel dem Meister, dem großen Meister Heil!

Der Tag und die Melodie stehen auf eine musikalische Eingabe des Herrn Sekretärsfortschreiten schloßen.

Wichtig sah Ludwig nach der Uhr, und mit den Worten: „Pergeit, i loma, zu spät zur Prob!“ schloß er ab.

Auch die anderen Geschäftlichen entkamen sich allmählich nachzueinander.

Ein Kapitel.

In einer Vorstadt Münchens liegt ein Haus, das der Besitzer in den oberen Stockwerken für die Kunst hatte herichten lassen: Zimmer mit Nordlicht im vierten. Meistler mit Oberlicht im fünften Stock, ganz unten die Bildhauernerklämten mit ihren Fenstern nach einem Gartenhofe hinaus.

Im vierten Stock hockte der Kunstmaler Limbgen. Das war ein alter Freund Rolands, mit dem er eine zeitlang Tür an Tür bei derselben Berliner Zimmervermieterin und als es beiden zeitweilig nicht recht „längen“ wollte, sogar zusammen gehockt hatte. Später wußte er sich aus den Augen, wie das im Leben zu gehen pflegt. Dr. Meier war nach München gezogen und hatte sich dort festgesetzt und verheiratet. Eine zeitlang wendeten die Jugendbrüder noch Briefe, allmählich schloß auch das ein. Der Vater schlug sich recht und schlecht durchs Leben, verlor die Hand da ein Bild, zeichnete Plakate erpöhte ihm das Schicksal plötzlich die Wahl, indem es junges Ehepaar und den Verleger mit ein paar gleichzeitige Kameraden eingesperrten, wenig um die Außenwelt. Sa, er las nicht einmal Zeitung und hatte dabei von Rolands Tod und jungen Rahn nicht die leiseste Ahnung.

Er war daher nicht mehr erkannt, als eines Tages in seinem Atelier ein wackelbäuchiges O. sich mit einem rüberdenkenden Volkstanz antraufte, als dessen Inhalt er nach einer Weile das Haus Roland wieder erkannte. Die beiden Fremden stießen sich in die Arme.

„Mein, wie ist die du aus? Wo kommst du her? Wie geht es dir?“

„Ich komme aus Südamerika und es geht mir schlecht.“ Limbgen als merke seine Wahl, im die alten Freund vor, holte eine Flasche Wein aus dem Winkel, der bei ihm

die Stelle des Weinstellers vertrat, und Roland fing zu erzählen an.

Als er nach der Heimat zu sehen anfang und gerade den Gedanken einer heimlichen Erörterung erwo, erspartem das Schicksal plötzlich die Wahl, indem es einen dicken Strich durch seine Pläne machte. In Chile erkaufte er an einem gefährlichen Zumpfeber. Dann zahlte im zwei Monate Gehalt aus an Leib ihn in einem Krankenbette zurück mit der Meinung nach Argentinien nachzukommen, sobald er wieder hergestellt sei.

Hier lag er viele Wochen. Raum genesen, schiffte er sich, voll Glauben vor dem Treppentritt und von Schwindel getrieben, nach Europa ein. Aber als er sich nach der Heimat näherte, ging er durch eine Wundlung in ihm vor.

„Ich schäme mich, so zu meiner Frau zurückzukehren.“

„Ja, und was willst du jetzt tun?“

„Nicht noch einer Stellung annehmen. Ich möchte am liebsten in Südamerika bleiben. Vielleicht findet sich hier etwas für mich. Dann brauche ich mich wenigstens nicht mehr zu schämen und kann die Weinen nachkommen lassen. Aber so — nein! Haben sie solange gewartet, können sie auch noch ein Weichen länger ohne mich leben!“

Aber du wirst doch deiner Frau ein Lebenszeichen geben, daß du hier bist?“

„Nein, nicht eher, als bis ich etwas gefunden habe Meine Frau soll leben, daß ich jetzt an eigenen Können sehen kann. Du brauchst nicht zu fürchten, daß ich dir lästig falle. Ein paar Wochen werde ich ja noch übrig, und Krankenbetten werden ich ja auch bekommen, bis ich was Hoffens für mich gefunden hat.“

Fortsetzung folgt.

Verwaltung der Reichseisenbahnen zahlreiche Waggons zur Verfügung gestellt sind. Eine Verbilligung ist also wohl zu erwarten, vorausgesetzt, daß die Transporte glücklich eingehen, aber so niedrig, daß der einheimische Öhl- und Gemischten schiere Schädigungen erleidet, werden die Preise kaum werden. Die Unterdrückung der deutschen Produktion müßte niemand, aber es ist auch selbstverständlich, daß die bisherigen übertrieben hohen Preise nicht bestehen bleiben können, bei welchen die Produzenten gut verdient haben, wenn auch vielleicht nicht so viel, wie das Säuendvieh.

Merxer, 19. Juni. Die Angehörigen der Aemmer, Katholische Anilin- und Sodafabrik, Ammoniakfabrik Merxer, sind heute in den Streit eingetreten. Es sind etwa 1500 Angestellte, Werkmeister, Techniker, Chemiker und Kaufleute, denen eine Lohnerhöhung von der Aktiengesellschaft bereits bewilligt war, die aber nachträglich abgelehnt wurde, weil die Arbeitgeber gegenüber den übrigen zur Selbst gehörigen Mitarbeitern nicht selbständig dieser Lohnerhöhung zustimmen konnten. Ertragsverhandlungen beim Arbeitsamt sind im Gange. Von dem Streit werden noch die etwa 11 000 Arbeiter des Werks, noch die etwa 9000 Arbeiter und Angestellte der zur Firma gehörenden Baugesellschaft betroffen. Am Dienstag wird in einer weiteren Verhandlung über die Streitfrage und etwaige Wiederbefreiung der Arbeit verhandelt werden.

Galle, 19. Juni. Die Arbeiter des Elektrizitätswerkes sind heute mittag wegen Lohnforderungen in den Streit getreten. Es war bereits für den 25. Juni eine Verhandlung vom Schlichtungsausschuß angesetzt. Das ganze Wirtschaftsleben liegt brach, die Zahlungen können nicht eintreffen die Zähler bleiben geschlossen, die Straßenbahn hat den Betrieb eingestellt. Wahrscheinlich werden sich auch die Gasarbeiter dem Streit anschließen. Der Oberpräsident hat das Eingreifen der Technischen Kommission nicht erlaubt, da seiner Meinung nach ein Notstand noch nicht vorliegt.

Halle, 19. Juni. In den Tagen des Generalstreiks im März hatte der Aktionsausschuß für Holzrinder von der Eisenbahn die Stellung eines Sonderzuges erzwungen, um 1000 Arbeiter nach Kotbus zum Zuge der Republik zu überführen. Jetzt hat das Reichsamt Torgau den beiden Leitern des Aktionsausschusses, einem Parteisekretär und einem Lehrer, für den Zug eine Rechnung über 4428 Mark zugestellt.

Dürenberg, 19. Juni. In der „Dürenberger Zeitung“ befindet sich folgende Offene Anfrage: Ich ersuche Herrn Amtsverwalter Hefner, der gesamten Einmünderschaft öffentlich mitzuteilen, wer die an das Amt abgetretene Gewerbe und Seltenheitswert geschlagen und zerbrochen hat. Friedrich Willebrand.

Gröbers, 19. Juni. In eine recht lästige Lage geriet kürzlich der Ortsbürger der Kirchstraße Ludw. Gröbers, denn bei einem Parkouilleung nach traf er ca. 20 junge Leute, welche die Räume erlernt hatten und einfach ernteten. Der Menge gegenüber war er machtlos und ohne Hilfe bereitwillig, waren die Täter verschunden.

Esfurt, 19. Juni. Im Regimentsbezirk Esfurt ist die Maul- und Klauenseuche von 97 Schöpfen zu finden. Die Schweinefleisch kommt auf 6 Schöpfen vor. Die Schafställe ist in 6 Herden anzutreffen und die Pferdebesitzer herfst auf 30 Schöpfen.

Vermischtes.

Austragung ganzer Eisenbahzüge in Hamburg. In Hamburg wurde eine aus 16 Personen bestehende Nahrungsbereitende, die Arbeiterkassen im großen Umfang betrieben hat. Ganze Eisenbahnwaggons wurden auf diese Weise gefahren und angehängt, die Waren wurden dann gleich weiter verkauft. Der Schaden beträgt Millionen. Sonst ist jetzt festgestellt werden konnte, sind ein Waggon Getreide, 3 Waggons Spirituosen, 1 Waggon Rohstoffe, 4 Waggons Eisenblech, 1 Waggon Schuhen, große Mengen Getreide und Schokolade verlohren worden.

Die Wirtshäuser der Frau Dr. Schenker. So der Mutant in Finkenwäldchen erklären wir, daß die verlassene Frau Dr. S. immer noch bei ihrem hantwärtigen Leuten die, trotzdem sie schon als völlig überaltert gelten kann. Wo man sich in Frankfurt o. D. ein Projekt verhandelt, das die dortige Versicherungsgeellschaft Norddeutsche gegen sie angeht. Die Befragte war bei dieser Gesellschaft wegen Diebstahl und Raubes verurteilt. Um sich die Versicherungsprämie zu verschaffen, fingierte Frau Dr. Schenker zuerst einen Raubüberfall in der Friedrichstraße in Berlin und darauf einen Einbruch in ihre Finkenwälder Wohnung. Sie brachte beide Fälle, bei denen ihr, wie sie angeblich, geborene Schlimmen erwidert worden sein, zur Anzeige, aber infolge des Zeugnisses des Mannes Haberland aus Finkenwäldchen wurde der Verzug herausgekommen. Haberland hatte in letzter Zeit ungefähr 300000 Mark, die mit Namensunterschriften von ersten Finkenwälder Persönlichkeiten gesichert waren, erhalten. Er wurde durch diese Vorkommnisse, die zwischen Frau Dr. Schenker herdröhren, stets nach einem entgegenen Ort bestellt, war aber nie darauf eingegangen. Es ist anzunehmen, daß er auf ähnliche Weise befristet werden sollte wie der Schwiegervater der Verurteilten.

Wegen Kriegsverrats zum Tode verurteilt. Das Berliner Militärgericht verurteilte den Feldwebel Bawal, der im Mai 1917 in den Einsatzstab des Berliner Kriegsverrats getätigt und den Stamm seines Bataillons in Kriegsgefangenschaft gebracht hat, zum Tode durch Erschießen.

Bestrafung eines an der Schweizer Grenze erwischten Kriegsverratlers. Der 40 Jahre alte Kaufmann Bawal und seine Ehefrau verurteilt in Dornbirn ihre in Berlin gemachten Kriegsverratte über die Schweizer Grenze zu bringen. Sie wurden verurteilt. Man hat bei ihnen für 425 000 Mark deutsche Wertpapiere und für 50 000 Kronen Österreichischer, sowie für 100 000 Mark Schweizer und Villanten. Die Strafkammer zu Konstanz hat verurteilt den Angeklagten Bawal zu 40 000 Mark Geldstrafe und einem Jahre Gefängnis, die Ehefrau zu 20 000 Mark Geldstrafe. Außerdem wurde auf Einziehung aller beschlagnahmten Wertpapiere erkannt.

Grenzen geschützte Vieheschunden. Eine an die tollbreiten Gefährten des Herrn v. Balzer erinnernde Episode hat sich in Schwedisch zugetragen. Der Rat der Stadt ist fort der Stillhaltung ist auf schwerer Veranlassung. Zwei junge Damen, die dort beruflich die Ernährung aller rechtbedenklich zu werden pflegen, wurden vor einigen Tagen in eine höfliche Unterredung bewilligt, in der einer ihrer Berater wegen des Verdachts unrichtiger Verwendung von Geldern sich zu verantworten hatte. Man fährt auch sie, von denen man angenommen, daß sie ihm bei dieser Tätigkeit geholfen hätten, vor das Tribunal. Glaubts man doch ihnen vorsetzen zu können, daß ihre Angelegenheit in keinem Verhältnis zu ihren Einkünften. Aber siehe da, die Damen die wahrscheinlich eine G. m. b. H. gegründet hatten, legten ein gemeinsam von ihnen geführtes Hauptgeschäftsbuch vor, das drei Rubriken aufwies: Name, Datum, Ort der Vieheschunden und Betrag. Da man insofern hier Überlieferung des Gerichtshofes die Verhandlung nicht möglich abbrechen konnte, also nach weiteren mußte, gab es rings eine Galerie langer Gesichter. Denn viele gute Freunde und Feinde fanden sich einträchtig in dieser Sache vermerkt beizammen. Wie verlautet, wird sich eine große Anzahl der Schweinehändler Schranken zu einer Kartellgesellschaft zusammenschließen.

Was unsere Ernährung kostet. Der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Professor Silberstein, berechnete seit einigen Monaten fortlaufend die Mindestkosten der Ernährung einer zweipersonigen, aus Mann und Frau, sowie einer dreipersonigen, aus Mann, Frau sowie einem 7-12 jährigen Kind bestehenden Familie. Er legte der Berechnung nicht nur die Preise der Lebensmittel zugrunde, sondern auch die schließlichen Lebensmittelpreise, da es wohl kaum einen Menschen gibt, der des Selbsthandels völlig entbehren kann. Nach den Berechnungen Silbersteins ist im Mai gegen den Monat April eine kleine, ziemlich unbedeutende Preissteigerung einiger Lebensmittel eingetreten. Diese Steigerung bezieht sich auf die im freien wirtschaftlichen Verkehr, sondern auf die schließlichen Lebensmittelpreise. Er gelang zu dem Ergebnis, daß die täglichen Mindestkosten der Ernährung im Monat Mai für die dreipersonige Familie 19 Mark und 59 Pfennige betragen müßten, damit dem Organismus pro Tag 3010 Wärmeeinheiten zugeführt werden könnten. Wie rasch sich die Ernährungsstoffe seit etwa einem Jahr erhöht haben, ergibt sich aus einer Gegenüberstellung mit den Sommermonaten des Jahres 1919. Im Juli und August 1919 betragen die Mindestkosten der Ernährung für einen Erwachsenen wöchentlich 26,55 Mark, im Dezember desselben Jahres schon 58,35 Mark. Im Februar 1920 erreichten die Kosten die Höhe von 63,04 Mark, im April 1920 eine Höhe von 74,43 Mark, im endlich im Mai auf 70 Mark und 12 Pfennige.

Paßbüchervorordnung. Die von der Nationalversammlung verlangte Paßbüchervorordnung ist nunmehr von der Reichsregierung erlassen worden. Danach sind die Länder ermächtigt, Paßbücherverordnungen einzurichten, die für Grundbesitzer unter 2,5 Hektar (10 Morgen) Grundbesitzungen aufheben und abzulassen. Derartige Paßbüchervorordnungen sind für Grundbesitzer über 2,5 Hektar (10 Morgen) gültig. Die unter den veränderlichen wirtschaftlichen Bedingungen nicht mehr gerecht find, anderweitig festsetzen. Von ihren Befugnissen dürfen die Paßbücherverordnungen unter dem Gebrauch stehen, wenn sich das Verhalten eines Beteiligten als unzureichend erweist oder als schmerzhaft Unbilligkeit darstellt oder wenn es zur Folge hätte, daß der andere Teil in eine wirtschaftliche Notlage gerät. Sonst ist neben dem Schutz der Pächter unter besonderen Umständen auch ein solcher für die Verpächter vorgesehen. Die Verordnung ermächtigt die Länder ferner, die Eintragung der Paßbücherverordnungen auch die Bezeichnung des Pächters und alle solche Beiträge zu unterwerfen, die seit dem 1. Januar 1920 abzulassen sind. Preußen wird in Kürze die Ausführungsbestimmungen zur Paßbüchervorordnung erlassen.

Gegen die Berliner Wirtschaftsdiktatur. Die bayerischen Kommunalverbände wollen gegen einmütigen die Beratung über die Zulassung protestieren und verlangen, daß die bayerische Regierung in Berlin protestiert, damit der gegenwärtige Zustand nicht abermals vorantreten und den Normalverhältnissen geben wird. Bayern hat eine gute Erfahrung gemacht. Es will an sich kein Ost nicht zurecht kommen. Es will an sich kein Ost nicht zurecht kommen. Es will an sich kein Ost nicht zurecht kommen. Es will an sich kein Ost nicht zurecht kommen.

Mitteilungen aus aller Welt

Wirtschaftsnot. Welche Deute machen Einkäufer, die die Stillstände von Halle-Orten im Reich verurteilen. Im Jahre 1919 hat die Halle-Orten eine große Not erlebt. Die beiden Städte sind zusammen 2 Millionen Mark wert. Der gesamte Reich ist eine schwere Wirtschaftskrise mit. Die Halle-Orten sind bei 25 Prozent im Wert. Die Halle-Orten sind bei 25 Prozent im Wert. Die Halle-Orten sind bei 25 Prozent im Wert. Die Halle-Orten sind bei 25 Prozent im Wert.

Ausbreitung einer großen Gaskrise. Laut „Saarbrücker Volkszeitung“ ist man in den städtischen Betriebswerken in Bröckel, von wo aus Saarbrücken zum größten Teil mit Gas versorgt wird, einer Gasunterbrechung größten Umfangs auf die Spur gekommen. Aufsehenerregend schon beim Bau der Anlagen auf häßliche Kosten wurden diese so gehalten, daß ein großer Teil des Gases schon vor der Abfuhr durch eine 30 Zentimeter dicke Schicht in den Leitungen das häßliche Zeugnis gesetzt wurde. Es sollen seit dem Bau des Werkes vor etwa 10 Jahren täglich über 5000 Kubikmeter Gas ungenutzt verloren sein. Die Nachforderung des Bröckeler Werkes wird auf weit über eine Million Mark geschätzt. Ein scharfe Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

Ein deutscher Reichstag als französischer Scherz. Von einem geradezu höfischen an den Reichstag eines deutschen Reichstages betriebe die „Reutsche Zeitung“ berichtet, der wir die Verantwortung für diese Werbung überlassen müssen. Die Zeitung berichtet aus Berlin: In einem Saale hatte eine Flugzeugfabrik Räume gemietet und dort ohne Wissen des Reichstages eine Ausstellung. Dies wurde der Entente berichtet, und eine Kommission der Entente erschien die Beschlagnahme vorzunehmen und zwar in Begleitung eines französischen Offiziers, und des Arminioffiziers Grabowsky. Da die Kommission keinerlei offizielle Ausweisung für die Besichtigung ihrer Tätigkeit besaß, und der Reichstag nicht anwesend war, verweigerte ihnen seine Frau den Eintritt. Der englische General Walkerman unterbandelte mit der Frau, welche Ausweisung für den Reichstag zu erlangen, die Frau wollte diese vernünftigen Unterhandlungen unterbrach der französische Vertreter und forderte den französischen Schlichter auf, die Frau zu erbrechen. Die Frau warf sich davor, worauf der Schlichter Grabowsky auf Befehl des ritterlichen Franzosen sie aufordnete, die Frau freizugeben. Als sie sich weigerte, erklärte Grabowsky sie für verhaftet und als sie darüber nur lachte, rief er sie am Handgelenk und am Arme von der Frau weg und marschierte gegen die Frau. Die Frau mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Bezeichnend für die ganzen Vorgänge ist, daß der General Walkerman der Frau gegenüber seinen Bedauern aus sprach und äußerte: „Ich vernehme Sie sehr.“

Die Frau Grabowsky als Mörderin. Die Arbeiterfrau Schneider aus Frankfurt hatte sich vor dem Obergericht als Mörderin der Frau Grabowsky zu verantworten. Sie hatte ihr dreizehnjährige Tochter, das ihr von ihrer Tochter in Pflege übergeben worden war, nachts erbrochen. Die Angeklagte war geistig und gab an, daß sie in der Not gehandelt habe. Die Geschworenen verurteilten sie zum Tode, beschloßen aber, ein Gnabengesuch für die Beurlaubung einzulegen.

Die Frau Grabowsky als Mörderin. Die Arbeiterfrau Schneider aus Frankfurt hatte sich vor dem Obergericht als Mörderin der Frau Grabowsky zu verantworten. Sie hatte ihr dreizehnjährige Tochter, das ihr von ihrer Tochter in Pflege übergeben worden war, nachts erbrochen. Die Angeklagte war geistig und gab an, daß sie in der Not gehandelt habe. Die Geschworenen verurteilten sie zum Tode, beschloßen aber, ein Gnabengesuch für die Beurlaubung einzulegen. Die Frau Grabowsky als Mörderin. Die Arbeiterfrau Schneider aus Frankfurt hatte sich vor dem Obergericht als Mörderin der Frau Grabowsky zu verantworten. Sie hatte ihr dreizehnjährige Tochter, das ihr von ihrer Tochter in Pflege übergeben worden war, nachts erbrochen. Die Angeklagte war geistig und gab an, daß sie in der Not gehandelt habe. Die Geschworenen verurteilten sie zum Tode, beschloßen aber, ein Gnabengesuch für die Beurlaubung einzulegen.

Die Frau Grabowsky als Mörderin. Die Arbeiterfrau Schneider aus Frankfurt hatte sich vor dem Obergericht als Mörderin der Frau Grabowsky zu verantworten. Sie hatte ihr dreizehnjährige Tochter, das ihr von ihrer Tochter in Pflege übergeben worden war, nachts erbrochen. Die Angeklagte war geistig und gab an, daß sie in der Not gehandelt habe. Die Geschworenen verurteilten sie zum Tode, beschloßen aber, ein Gnabengesuch für die Beurlaubung einzulegen. Die Frau Grabowsky als Mörderin. Die Arbeiterfrau Schneider aus Frankfurt hatte sich vor dem Obergericht als Mörderin der Frau Grabowsky zu verantworten. Sie hatte ihr dreizehnjährige Tochter, das ihr von ihrer Tochter in Pflege übergeben worden war, nachts erbrochen. Die Angeklagte war geistig und gab an, daß sie in der Not gehandelt habe. Die Geschworenen verurteilten sie zum Tode, beschloßen aber, ein Gnabengesuch für die Beurlaubung einzulegen.

Essentliche Sitzung des Schöffengerichts in Tondern am 18. Juni 1920.

- Vorsitzender: Herr Amtsgerichtsrat Dr. Kiefer, Schöffen: Herr Richtermeister Gottlieb Pfeffer in Tondern und Herr Richtermeister Anton Sonntag in Oberland, Staatsanwaltschaft: Herr Stadt-Dauhoffenbrandt Gade, als Anwalt, Kollhoff in Tondern; Herr Richtermeister Gade.
1. Der Arbeiter Wilhelm Franke in Tondern wurde wegen Erwerbungs von Kupferzahl von Gade bestraft mit 5 Tagen Gef. bestraft.
 2. Von der Anklage der Verleitung des Jägers Ernst Eitel in Raundorf wurde der Arbeiter Erich Böding in Ordrup freigesprochen.
 3. Einen Tag Gefängnis erhielt der Bergarbeiter Robert Weir aus Guden wegen Diebstahls.
 4. Wegen Vergehen gegen die Verordnung über Buchergerichte wurden bestraft: a. der Handlungsman Carl Jutz und b. die ledige Vera Schulz beide aus Tondern, je mit 8 Tagen Gefängnis und 50 Mark Geldstr., h. w. s. i. e. mit 5 Tagen Gef.
 5. Die jährliche Einnahme Albin Seiffers aus Dunden wurde wegen Diebstahls mit 5 Tagen Gef. bestraft und der Arbeiter Otto Seiffers aus Dunden wegen d. s. g. i. e. n. s. g. e. h. r. t. e. mit einem Beweis.
 6. Der Arbeiter Albin Seiffers aus Tondern wurde wegen Diebstahls mit einer Woche Gef. bestraft.
 7. Die gegen den aus der Untergerichtsbarkeit verurteilten Albin Reichmayer schwebende Untersuchung wurde bezogen.

Bekanntmachung.

Die für die Zeit vom 17. Mai bis 18. Juni ausgegebenen vier Broschüren mit rot aufgedrucktem T verließen am 24. Juni ihre Gültigkeit. Nach diesem Tage dürfen die Wähler und Wahlhelfer diese Karten nicht mehr annehmen. Die Wähler und Wahlhelfer haben diese Karten bis spätestens 29. Juni bei der Kreis- und Wahlstelle abzuliefern. Nach diesem Tage wird für diese Karten kein Wahl mehr geliefert.

Teuchern, den 16. Juni 1920.
Der Vorsitzende des Kreiswahlbüros, Kreis- und Wahlstelle.

Bekanntmachung.

Aus verschiedenen Teilen des Kreises sind mit Klagen zu Ehren gekommen, daß bei den schon jetzt vorkommenden Kirchendiebstählen die Kirchschäume an den Kirchstrahlen durch Abreien von Zweigen und Keilen stark beschädigt werden. Der Kreisrat hat für die Ermittlung eines jeden Baumfressers eine Belohnung bis zu 200 Mk. bewilligt. Ich eruche alle Kreisbewohner, auf die Baumfresser, die jetzt in großer Zahl sich mit unreifen Kirchengewerken nähern, zu achten und sie unachtsamlich bei dem zuständigen Amtsvorsteher, dem Genbarmerie-Wachmeister oder direkt bei mir schriftlich zur Anzeige zu bringen.

Ich weise auch bei jeder Gelegenheit darauf hin, daß das Abbrechen von Kirchschäumen zur Tabakbereitung, da die Schäume durch das unrichtige Abreien die Blätter großen Schaden erleiden, ebenfalls strengstens verboten ist und nach § 24 B. G. 25 und 20 des Feld- und Forststrafgesetzes vom 1. 4. 1880 mit arbeitsmäßig verhängt wird.

Teuchern, den 7. Juni 1920.
Der Vorsitzende des Kreiswahlbüros, Kreis- und Wahlstelle.
Vorliegendes bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.
Teuchern, den 18. Juni 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Städtischer Kirchenvorverkauf.
Den städtischen Kirchenvorverkauf haben wir der Ehefrau Ida Sinniger, Schützenstr. 4 übertragen.
Zum Verkauf kommen am 22. Juni d. Js. an die Zahlhaber der Kirchengeldnummern 1-200 ein Pfund Kirchen zum Betrage von 80 B. G.
Bismarckplatz sind vorzulegen.
Teuchern, den 21. Juni 1920. Der Magistrat

Sauerkirchsen-Verpachtung.

Der diesjährige Sauerkirchsen-Anhang der Gemeinde Bistula soll
Sonntags, den 26. Juni 1920, nachm. 5 Uhr in Zille Sauerhof zu Oberlata an den Bestbieter verpachtet werden.
Der Gemeindevorstand, Haupt.

Plan

für die erste Übungsstunde der Arbeitsgemeinschaft von Turnern aus dem Kreise Weissenfels zwecks Ausbildung von Vorturnern und Spielleitern am 26. Juni, nachm. 3 Uhr im „Norddeutschen Hof“ Teuchern

- A. Freiübungen: Herr Lecker
- 1. Verschiedenartige Aufstellungen zu Freiübungen. Belehreibungen hierzu.
- 2. Der Aufbau einer Freiübung:
 - a) Armübungen — b) Beinübungen
 - c) Verbindungen beider — d) Befehlsübung.
- 3. Die wichtigsten Übungsformen:
 - a) in freier Weise, — b) nach Befehl,
 - c) nach Zahlen, — d) im Takte.
- 4. Der Aufbau einer Freiübungsgruppe.
 - a) Armübungen — b) Beinübungen
 - c) Haltsübungen — d) Gewandtheitsübungen
- B. Geräteübungen: Herr Riesschläger — Herr Pabst.
- 1. Reck: Griffe, Hangübungen
- 2. Barren: Aufzüge, Sitzarten
- 3. Pferd: Vorübungen zur Hocke — Hocks.
- C. Spiele: Herr Hellmuth.
- 1. Kreisball.
- 2. Jägerball.
- 3. Tanzleben.
- 4. Drittenablagen.
- D. Kurze Besprechung der einzelnen Darbietungen

Zum Dienstag

Wochenmarkt.

Frische Fische u. Heidelbeeren
empfehlen billigst
Becker.

Heute trifft ein
Frischer Schellfisch
a Pfund 2 Mark
Ferd. Gresse.

Briefpapiere
in Kassetten und losen Packungen empfiehlt
Otto Lieferenz.

Sänglingsfürsorge.

Am Mittwoch, d. 28. Juni nachm. 3 Uhr Versammlung in der alten Schulhalle zur Verteilung von Nahrungsmitteln und Geldmitteln.

Der Vorstand, Mittwoch, den 23. abends 8 Uhr
Versammlung

Tagesordnung:
1. Beiträge.
2. Sommerfest.
Um pünktliches und dollähliges Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Mittwoch, 23. Juni abends 8 Uhr im Ratskeller

Versammlung
Der Vorstand.

5 flügge Gänse
sind zu verkaufen
Weinverstr. 4.

3 flügge Gänse
sind zu verkaufen.
3a erst. in der Expt. ds. Plantes.

Schwarze Gose, Sommerüberzieher, sowie eine Damen-Uhr zu kaufen, auch einzelne Stücke. Off. mit Preisangabe an die Behördl. d. Stg. erbeten. Verschwiegenheit zugesichert.

1 Büffet, 1 Gläser-schrank, Stoff zu 2 Anzügen
verkauft
Gröden 64.

Stroh
verkauft
H. Garaisch, Osterstraße.

Margarine
pro Pfund 13 Mark hat abzugeben
Hermann Pfeifer.

fr. Heidelbeeren
Dienstags
Paul Geiwirch, Schützenstr. 2a.

Eine eiserne Bettstelle
ist zu verkaufen. Zu erfragen in der Expt. ds. Blattes.

Junge Schweine
sind zu verkaufen
Oberstraße 16.

Susten, Heiserkeit, Katarrhe,
werden erfolgreich bekämpft durch
Wawil-Tabletten.
Nur echt bei
G. Eise, Drogerie, Oberstr. 5.

Tausende von Kranken, die bisher vergeblich geiltung suchten, fanden die Besserung von ihren Leiden durch die Benutzung unserer bewährten **Wohlmuthischen elektro-galb. Heil-Apparates** in Schmelzer Selbstbehandlung ohne Berufsberatung.

Verkauf u. Hermitelung
Th. Fiegner, Naumburg a. S. Semmeringstr. 8. Vertreter überall gesucht!

Neu entdeckte Heilmittel gegen Gicht, Rheumatismus, Nigias und Aderentkalkung
durch eine ganz einfache Panstur ohne Berufsberatung, ohne besondere Diät auch im Winter anzuwenden. Geacht Einfindung von 50 Bfg. in Marken für Porto und Papier-unkosten sende ich Ihnen die vollen Beweise zu, wie im Jahre 1919 **3000 Leidende geiltung fanden.** Sind Sie schwer oder leicht leidend, so senden Sie Ihre Adresse an **Ernst Horn, Naumburg, Naumburgerstr. 34.**

Wenn der mit jezt Bekannte, welcher meinem schwarzen Schäferhunde Sonntag gegen 6 Uhr nachm. sein rotbraunes Halsband abstriefte, dasselbe nicht bis Dienstag abend zurückbringt, erfolgt Anzeige bei der Staatsanwaltschaft.

Richard Weinhardt, Norddeutscher Hof.

Neu entdeckte Heilmittel gegen Gicht, Rheumatismus, Nigias und Aderentkalkung
durch eine ganz einfache Panstur ohne Berufsberatung, ohne besondere Diät auch im Winter anzuwenden. Geacht Einfindung von 50 Bfg. in Marken für Porto und Papier-unkosten sende ich Ihnen die vollen Beweise zu, wie im Jahre 1919 **3000 Leidende geiltung fanden.** Sind Sie schwer oder leicht leidend, so senden Sie Ihre Adresse an **Ernst Horn, Naumburg, Naumburgerstr. 34.**

Richard Weinhardt, Norddeutscher Hof.

Neu entdeckte Heilmittel gegen Gicht, Rheumatismus, Nigias und Aderentkalkung
durch eine ganz einfache Panstur ohne Berufsberatung, ohne besondere Diät auch im Winter anzuwenden. Geacht Einfindung von 50 Bfg. in Marken für Porto und Papier-unkosten sende ich Ihnen die vollen Beweise zu, wie im Jahre 1919 **3000 Leidende geiltung fanden.** Sind Sie schwer oder leicht leidend, so senden Sie Ihre Adresse an **Ernst Horn, Naumburg, Naumburgerstr. 34.**

Schmelzer, Druck und Verlag von Otto Lieferenz, Teuchern.

Lichtspiele „Weisse Wand“
Achtung 3 Tage! Achtung 22 Tage!



Dienstag, den 22. Mittwoch, d. 23. u. Donnerstag, den 24.

Der Sittenfilm zur Aufklärung der Geschlechtskranke. Ein Film unerreichter Güte und schauspielerischer Leitung. Das Kolossalwerk

Sündiges Blut
in 6 Akten
ferner:
Winbeg der Trapper
Wildwestdrama
Nur für Erwachsene
Singer: Ase
Musikbegleitung.
1 Platz im Vorverkauf kann durch Telefon Nr 295 bestellt werden
Getrennte Vorführung 6⁰⁰ u 8⁰⁰

Als Schneiderin

empfiehlt sich
Marthe Betsch
Werkstr. 7.

Täglich frische Kirschen
empfiehlt **Roy Schmidt,** Marktstr. 6.

Ein vorzügliches **Dienstmädchen**

sucht sofort **6 Berger.**

Für die uns zur Verlobung erwiesenen Aufmerksamkeiten danken herzlichst

Anni Todt Willi Pabst
Teuchern, Juni 1920

Frieda Geissler Alwin Handschag
grüßen als Verlobte Teuchern, Weissenborn Juni 1920.

Ein junger, fleißiger Mädchen
gesucht, zum 1. Juli od. später **Scherrfasse.**

Warne hecmit übermann die ähler Nachreden gegen Jst. Köder zu unterlassen, da selbige nicht wahr sind.
Frieda Müller.

Todesanzeige
Gestern Nachmittag entschließ nach langem Leiden unser lieber Sohn und Bruder **Walter**
im 5 Lebensjahre.
Dies zeigen an, die trauernden Eltern
Fam. Schönbrodt
Rumthall, d. 21. Juni
Beerigung findet Mittwoch 1/3 Uhr statt.

Gratulationskarten
zu haben bei
Otto Lieferenz

Arbeiter zum Rippabreinen
werden angemommen Montag den 21. 6. in Jemböden an der Mühle und bei **Karl Dopfschle, Oberstr. 11.**

Achtung
Habe in meinem Garten auf Grube Naumburg **Selbstschüsse** gelegt. **Kob. Freyer, Grube Naumburg.**

Nachruf.
Am 12. Juni ds. Js verstarb in treuer Pflichterfüllung unser langjähriger Gemeindevorstand und Nachtwächter

Herr Richard Vetter.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren

Schortau, den 20. Juni 1920.

Die Gemeindevertretung.

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abzugpreis: Die Jahrgangspatente Kopysseite 40 Bg. Reflektanzseite 10 Bg.

Stierfährlicher Bezugspreis: durch unsere Bezugsstelle 5,50 RM. von unserer Seite ins Haus gebracht 5,90 RM. durch den Botenbesitzer 6,30 RM. Einzelnummer 15 Bg.

Wochentlich und monatlich Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Postfach 10, auch von anderen Orten und allen Postplätzen angenommen.

Amtl. Verbandsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 73

Dienstag, den 22. Juni 1920

59. Jahrgang

Der Reichstag.

Der neu gewählte Deutsche Reichstag soll in dieser Woche, am Johannistage, zusammenzutreten. Was das eine gute Vorbereitung und was es ihm, der durch den Tag vorherige Wahl auch ein Sonntagstagsind ist, beschließen sein, das Glück für das deutsche Volk zu finden, das Sonntagstagsind am Johannistage beschließen soll. Daraus Monate haben wir seinen Reichstag gewählt. Mit dem Deutschen Reichstag verhandelt im November 1918 auf die damalige Volksvertretung. Zum Beginn von 1919 wählten die Wähler zur Nationalversammlung und wählten darauf den Zusammentritt dieser Körperschaft in Weimar. Sie hat außer in Weimar eine Sitzung im Saale der früheren königlichen Bibliothek abgehalten, bis sie im vorigen Herbst das Reichstagsgebäude in Berlin bezog. Während der Tage des Reichstags war sie Mitte März, auch in Stuttgart vereint. Nunmehr kommt also wieder der Reichstag zur Geltung, an dessen Namen das deutsche Volk

Das Reich, Staat und Gemeinden ihren Beamten i. A. an Ruhegehalt in Zukunft zahlen wollen, ist nur das Letzte in einem in. Nicht mehr, eher weniger. Die jetzt vor der englischen Nachprüfung stehenden neuen Pensionsgesetze wollen aber den vom 1. April 1919 pensionierten Beamten das Erstgenannte für-

Ein Minimum darf nicht verringert werden. Das sagt schon das Wort allein. Des Minimums braucht jeder Pensionär, ob er am 1. April 1919 oder einige Monate früher in den Ruhestand getreten ist. Entweder man ihm einen Teil, hier etwa ein Viertel, vor, dann leidet er Not und verelendet.

Es hat sich der Entwurf des geleglich zulässigen Begriffs „Altenrenten“ nicht klar gemacht. Nahe genug reichlich hätte es gelegen. Denn der Pensionär von 1918 muß für alle Lebensbedürfnisse dieselben Beträge erhalten, wie der von 1919. Der erste hat gelebten Versuch auf genau dieselbe Weise wie der zweite. Reich, Staat, Gemeinden haben ihm bei der Umstellung auf Lebenszeit zugesagt, es bleibt auf Lebenszeit dem Geheir entsprechend angehöret. Das ist aber, ob Gehalt oder im Alter Ruhegehalt, eben immer nur das Erstgenannte, niemals mehr.

Der Begriff „Altenrenten“, den bisher die Pensionsgesetzgebung nicht konnte, darf jetzt nicht in das Gesetz hineingetragen werden. Sonst hat auch die zur Zeit noch nicht tuende Beamtenenschaft später unter dieser Veranlassung ebenfalls zu leiden, wie die jetzigen älteren Amtsgenossen. Deshalb erheben die jüngeren Pensionäre klammern den Protest gegen diese

Verweigerung alten Pensionäre.

Die Mehrkosten, die dadurch entstehen, daß man allen Pensionären das ihrer Gehaltsgruppe und ihrem Dienstalter entsprechende Ruhegehalt ausbezahlt, sind im Verhältnis zu den durch die neuen Versorgungsordnungen verursachten Kosten zu geringfügig, daß sie kaum der Rede wert sind. Dessenfalls dürfen finanzielle Rücksichten niemals dazu führen, daß von der Reichsregierung der höchsten Gerichte und in der einschlägigen Literatur als gerecht anerkannte Ansprüche unerfüllt bleiben. Und bekanntlich hat die Deutsche Reichsversammlung vom 11. August 1919 im Artikel 129 die höherwertigen Rechte der Beamten, und damit auch die ihrer Hinterbliebenen, für unerschütterlich erklärt, deren Verletzung sich nach dem Aufheben des Ehrenamtes und Vorters rüchert.

Die gefährdeten Ruhegehaltsgruppen, Witwen und Waisen, erwarten die Landesversammlung werden bekräftigen, die die Unterabteilung zwischen Alt- und Neupensionären zwischen Alt- und Neuhinterbliebenen aus dem Weichen verschwinden, und daß eine Verwirklichung erdienter Pensionen, Witwen- und Waisengelder unter keinen Umständen stattfinden darf.

Keine Aufhebung der Zwangsversorgung.

Der bisherige Ernährungsminister lehnt die Verweigerung ab.

Im Wahlkampf ist der schlesische Abbau der Zwangswirtschaft, die die bedeutendsten wirtschaftlich geschulten Köpfe des Reiches ausgedrückt als die Quelle unseres heutigen Elends ansehen, mit größter Bestimmtheit verprochen worden. „Nach Tisch heißt's anders!“ Gegenüber einigen allzu hoffnungsfreudigen Auslassungen in der Presse erklärt der Ernährungsminister:

„Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft steht auf dem Standpunkt, daß schon im Hinblick auf die allgemeine Ernährung, der eine Aufhebung der Zwangswirtschaft die größten Gefahren mit sich bringen würde. Es haben allerdings verschiedene wichtige Stellungen über Ernährungs- und Wirtschaftswissenschaften im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft stattgefunden. Auch sind in inneren Beratungen in Ministerium entscheidende Beschlüsse über den beschleunigten Abbau einer Reihe von Kriegswirtschaften gefaßt worden. Das Ministerium hält jedoch noch wie vor daran fest, daß für die wichtigsten Nahrungsmittel in der nächsten Zukunft an eine Freigabe nicht gedacht werden kann. Das gilt nicht nur für Getreide und Milch, sondern auch für Fleisch. Gerade hierüber ist in diesen Tagen eingehend verhandelt worden. Schließlich haben aber sechs hervorragende Sachverständige der Landwirtschaft die Abschaffung der Zwangswirtschaft bestehenden Bedenken anerkannt und sich während einer Lebenszeit mit einem bloßen Abbau der Zwangswirtschaft einverstanden erklärt. Es soll, soweit als möglich, wieder die freie Einfuhr zugelassen werden, zunächst für Rindfleisch, Eier, fettes Gemiße und Öl, mit Ausnahme von Butter und Speck. Außerdem sollen auch ferner als Ersatz für andere Lebensmittel. Für diejenigen Nahrungsmittel, welche die Grundlage der Ernährung bilden, kann jedoch eine Lockerung oder Aufhebung der Zwangswirtschaft erst in Frage kommen, wenn Sicherheit besteht, daß bei freier Wirtschaft für jeden die Deckung des Bedarfs an essentiellen Nahrungsmitteln möglich ist.“

„Bedenken anerkannt“, was heißt das? Die Vertreter der Landwirtschaft haben offenbar anerkannt, daß anerkannt das Elendes, in das uns die Zwangswirtschaft hineingebracht hat, die schnelle Aufhebung vielleicht nicht ganz glatt vor sich ginge. Das ist richtig. Aber ist denn die Landwirtschaft hier ausschlaggebend? Alle ernsthaften Volkswirte, die sich eine volle Vorkriegszeit in der Wirtschaft wirkenden Kräfte machen können, sind der Überzeugung, daß hier aus dem von Stunde zu Stunde steigenden Ernährungsbedarf nur herauskommen, wenn wir die gefundene Vermittlung nicht durch Dekrete vom grünen Tisch aufheben wollen.

Der Lage.

Das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht nunmehr das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen. Danach wurden insgesamt 26 017 500 Stimmen abgegeben. Die 466 Abgeordneten verteilen sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen: Sozialdemokraten 112 Bg., 5 614 456 Stimmen; Zentrum 68 Bg., 5 410 880 Stimmen; Reichsbanner 15 Bg., 2 202 374 Stimmen; Deutschnationale 66 Bg., 3 736 778 Stimmen; Deutsche Volkspartei 62 Bg., 3 606 816 Stimmen; Unabhängige 81 Bg., 4 895 317 Stimmen; Kommunisten 2 Bg., 441 995 Stimmen; Bayer. Bauernbund 4 Bg., 218 834 Stimmen; Deutsch-Samobauer 5 Bg., 319 1000 Stimmen; Bayer. Volkspartei 21 Bg., 1 236 941 Stimmen.

Der Reichstag ist in Weimar. Der Verfassungsausschuß der preussischen Landesversammlung bezieht eingehend die Fragen des Volksbegehrens und Volksentscheides und setzt zur Formulierung der Weisungen einen fünfjährigen Unterausschuß ein. Grundständig wurde der Reichstag gefaßt, den Volksentscheid der Gerichte von einem Finanzgremium der Wähler herbeizuführen. Der Gesetzentwurf eines demokratischen Vertrags, die Grundgesetzliche 1. Sitzung

in der preussischen Verfassung noch ausdrücklich festzulegen, entschied sich der Ausschuss dahin, die Gegenstände, die in der Reichsverfassung bereits eindeutig erledigt sind, in der preussischen Verfassung nicht noch einmal zu berühren. Die Beratungen wurden dann aber abgebrochen, man billigt zunächst in einer Generaldebatte über eine einmalige Kammer (Finanzrat) und die Staatspräsidie (Staatspräsidenten) eintraten.

Der Vorkriegszeit in Deutschland. Der in Deutschland durch den schmerzhaften Abzug von Lohn und Gehalt ertragte Steuerbetrag wird nicht dem Reiche zufließen, sondern von der interalliierten Kommission angekauft und zur Wiedergutmachung, also als Kriegsentgelt abzugeben verwendet werden. Die Kommission hat aus allen Steuern in den letzten zwei Monaten bereits, wie die „Eisenbahneisen Morgenpost“ mitteilt, 200 Millionen Mark eingekommen. Das ist eine glatte Verletzung des Friedensvertrages, denn im Artikel 88, Anhang 8, heißt es ausdrücklich: „Die Kommission soll alle von der deutschen oder preussischen Regierung ausgeübten Machtbefugnisse besitzen, mit Ausnahme derer, die die Gesetzgebung und die Steuern betreffen.“

Generalkreis in Ludwigshafen. Freitag haben die Franzosen in Ludwigshafen weitere Befehle erlassen von Arbeitseinstellungen vorgenommen. Außerdem sind größere Truppenabteilungen in der Stadt eingetroffen. Der Krefelder Reichstag ist, da die Franzosen den Arbeitern auf ihre Anfragen keine Antwort geben, in Kraft getreten. Seit Freitag nach freien fünfjährige Arbeiter. Die aussehenderen Verhaftungen veranlassen auch den Reichstagsminister, bei der Rheinlandkommission vorzulegen zu werden. Diese hat verprochen, mit den Ludwigshafener fünfjährigen Arbeitern und den deutschen Arbeitern Hilfeleistung zu nehmen.

Das kann nicht stimmen. Daß die Freundlichkeit der Italiener erst dann groß wird, wenn sie alle ihre Forderungen erfüllt sehen, ist bekannt. Daß sie aber auch ohne der von ihnen postulierten fünfjährigen Freundlichkeit zu Deutschland 66 Milliarden Kriegsentgelt verlangen, bisher blieb es immer nur 12 Milliarden, ist doch wohl kaum anzunehmen. Es scheint, als ob wir die Kriegskosten, die das zahnunfähige Österreich nicht aufbringen kann, mit begleichen sollten. Was sollten da für Summen heransommen, wenn das alle Entente-Länder so machen wollten?

Die Lösung der Regierungskrise steht jetzt endlich bevor. Am meisten Schwierigkeiten, in ein Komitee der Mitte einzutreten, machen die Demokraten. Die „Berliner“ tonlagen. Als strittigster Punkt bezeichnet sie die Stellung der Deutschen Volkspartei zur Monarchie. Die Volkspartei erklärte auf eine Anfrage der Demokraten, sie trage der gegebenen Umständen Rechnung. Die Monarchie bleibe für sie die erprobteste Staatsform, man könne aber als Monarchist sehr gut einen republikanischen Ministerium loyal angehören. Die Demokraten erklärten sich schließlich mit dieser Erklärung zufrieden. Somit kann das „Kabinett der Mitte“ aus Demokraten, Zentrum und Deutschen Volkspartei als definitiv gelten. Am Montag



erfahrenen Arzt. Er denkt nicht daran, durch eine Geniar mit allerlei Medikamenten Wunder zu vollbringen, sondern er hilft der Natur des Körpers auf. Als das unzulässig, dann gibt es keine Rettung mehr. So machen auch künstliche Mittel Deutschland nicht wieder gesund, sondern die alten Hausmittel, die sich schon so oft an unseren Volkstümern erprobt haben, Schamaneismus und Aberglaube. Die Lebenssymptome, Verschwendung und Arbeitsunfähigkeit, kennzeichnen die Krankheit genau. Mit Geduld und Tatkraft kommen wir auch auf dem Wege zur Verbilligung vorwärts.

Die Bekämpfung der Healerleistungen, Äußerer Bekämpfung, Verhinderung, bessere Versorgung in der Verwaltung. Es nur ein Glück in der Kette der Einsicht, mit der wir uns zusammenhängen müssen, um nicht von neuen Schritten über den Saufen entfernt zu werden. Um den Markt durch die Steuerwüste bekämpfen sich heute Millionen noch nicht, die sie haben sich mit dem Gedanken darüber fort, wenn wir kein Geld in diesen teuren Zeiten übrig haben, so können wir auch nicht bezahlen. Und zu diesem Ziel drückt die Entente aus Paris auf Grund des Friedensvertrages mit einer Finanzkontrolle, sie will, uns also unter Kontrolle stellen. Wir müssen uns dagegen eben wehren, wie gegen eine übertriebene Söhne der Kriegsgeldwirtschaft, aber der Erfolg in einem Maße, wie wir es erhoffen und nötig haben, ist unklar. Die neue Volkswirtschaft muß ein neues Maßstab sein, damit die neue Regierung weiß, sie kann es auf dem Stand annehmen lassen. Haben wir dann auch etwas Glück, so können wir durch.

Die „Altenrenten“.

Die ungerechte Unterscheidung zwischen Alt- und Neupensionierten.

Der Zentralverband erklärt einen Protest gegen die neue beschaltigte Pensionsregelung in Preußen, in dem es heißt: